

Testatsexemplar

**Oikocredit Westdeutscher
Förderkreis e. V., Bonn**

**Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2023**

ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft · Niederlassung Stuttgart
Lange Straße 59 · 70174 Stuttgart · Telefon: +49(0711)93 30 91 60 · Faxdurchwahl: -80 · wp-stuttgart@etl.de ·
www.etl-wirtschaftspruefung.de
Leitung der Niederlassung: WP/StB Alfred Lein
Bankverbindung: Postbank Essen · IBAN DE80 3601 0043 0017 6354 30 · BIC PBNKDEFF

Sitz der Gesellschaft: 10117 Berlin · Handelsregister: AG Charlottenburg HRB 139064 B · USt-ID: DE 15976 9794
Niederlassungen: Berlin, Braunschweig, Bremen, Crailsheim, Dresden, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Friedrichshafen,
Hamburg, Hannover, Kempten (Allgäu), Leipzig, München, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart, Wuppertal
Vorstand: WP/StB Christoph Tönsgelermann (Vorsitzender), WPin/StBin Hille Behrens
Aufsichtsratsvorsitzender: WP Dr. Christian Gorny

MEMBER OF

ETL
GLOBAL



Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers:

An den Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des Vermögensanlagengesetzes (VermAnlG) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 25 VermAnlG i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 25 VermAnlG i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des VermAnlG in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende, geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 25 VermAnlG i. V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können,
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben,
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben,
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann,

- beurteilen wir Darstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten

Prüfungsurteil

Wir haben auch die ordnungsmäßige Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V. zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgt die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.

Grundlage unseres Prüfungsurteils

Wir haben unsere Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten in Übereinstimmung mit § 25 Abs. 3 VermAnlG unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter des Vereins sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten ordnungsmäßig ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 25 Abs. 3 VermAnlG unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Mitgliederkapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

Stuttgart, 11. März 2024

ETL AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Fritz Baldus
Wirtschaftsprüfer

Alfred Lein
Wirtschaftsprüfer



Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn
Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKTIVSEITE	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	PASSIVSEITE	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Sachanlagen			I. Vereinskaptal	1.014.142,93	1.014.142,93
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.538,00	9.110,00	II. Gewinnvortrag	245.084,90	212.889,06
II. Finanzanlagen			III. Jahresüberschuss	91.800,95	32.195,84
Wertpapiere des Anlagevermögens	517.681,22	528.006,16		<u>1.351.028,78</u>	<u>1.259.227,83</u>
	<u>526.219,22</u>	<u>537.116,16</u>	B. RÜCKSTELLUNGEN		
B. UMLAUFVERMÖGEN			1. Steuerrückstellungen	500,00	0,00
I. Vorräte			2. Sonstige Rückstellungen	55.999,70	46.775,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	338,91	572,12		<u>56.499,70</u>	<u>46.775,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.505,60	1.718,17	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	934,86	13.280,07
2. Sonstige Vermögensgegenstände	577.775,98	175.075,77	2. Sonstige Verbindlichkeiten	105.477,24	14.698,77
	<u>586.281,58</u>	<u>176.793,94</u>		<u>106.412,10</u>	<u>27.978,84</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	401.191,87	618.621,45	D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	800,00	900,00
	<u>987.812,36</u>	<u>795.987,51</u>			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	709,00	1.778,00			
	<u>1.514.740,58</u>	<u>1.334.881,67</u>		<u>1.514.740,58</u>	<u>1.334.881,67</u>
Treuhandvermögen Mitglieder	0,00	166.930.717,15			

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	2023		2022
	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse			
a) Mitgliedsbeiträge	144.169,35		146.872,22
b) Zuschüsse	318.748,00		454.048,00
c) Andere Umsatzerlöse im Sinne des § 277 HGB	<u>18.893,04</u>		<u>98.202,32</u>
		481.810,39	699.122,54
2. Erträge aus Zuwendungen		47.451,54	68.521,31
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>20.756,40</u>	<u>14.334,36</u>
		550.018,33	781.978,21
4. Aufwendungen für Waren		0,00	0,00
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		181.137,64	306.878,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>33.316,10</u>	<u>64.847,65</u>
		<u>214.453,74</u>	<u>371.726,02</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.540,00	2.649,00
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	38.192,54		75.400,88
b) Reise- und Tagungskosten	12.613,64		11.390,89
c) Raumkosten	21.327,84		21.327,84
d) Verwaltungskosten	62.275,44		76.619,07
e) Sonstige Aufwendungen	27.690,92		18.167,76
f) Geleistete Spenden	24.400,00		30.000,00
g) Weiterberechnete Aufwendungen	<u>25.274,80</u>		<u>97.397,50</u>
		211.775,18	330.303,94
Zwischenergebnis		120.249,41	77.299,25
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		3.067,44	7.837,57
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.919,70	2.443,51
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		0,00	29.125,40
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		16.296,89	2.487,43
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>4.170,41</u>	<u>0,00</u>
13. Ergebnis nach Steuern		105.769,25	55.967,50
14. Sonstige Steuern		<u>13.968,30</u>	<u>23.771,66</u>
15. Jahresüberschuss		<u>91.800,95</u>	<u>32.195,84</u>

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e. V., Bonn

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Allgemeine Angaben

Der Verein ist unter der Nummer VR 5794 in das Vereinsregister Düsseldorf eingetragen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB aufgestellt. Der Verein ist nach § 23 VermAnlG verpflichtet, einen Jahresabschluss nach handelsrechtlichen Vorschriften aufzustellen.

Der Verein erfüllt die Größenkriterien einer kleinen Kapitalgesellschaft und einer Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB. Größenabhängige Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften wurden teilweise angewandt.

Angaben zu Restlaufzeiten und Mitzugehörigkeit erfolgen im Anhang.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die – soweit abweichend nicht nachfolgend vermerkt - nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und werden, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Vermögensgegenstände des immateriellen Anlagevermögens und des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer auf der Grundlage steuerlich anerkannter Höchstsätze linear abgeschrieben. Gegenstände des beweglichen Anlagevermögens mit Anschaffungskosten bis EUR 250,00 (netto) werden unmittelbar aufwandswirksam erfasst. Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 und EUR 800,00 (jeweils netto) werden einzeln aktiviert und im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Abschreibungen werden vorgenommen, wenn eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorliegt. Zuschreibungen werden vorgenommen, sowie die Gründe der voraussichtlich dauernden Wertminderung nicht mehr vorliegen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestände und **Rechnungsabgrenzungsposten** werden mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Das **Vereinskapital** wird zum Nennwert bewertet.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind so bewertet, dass sie allen ungewissen Verbindlichkeiten und erkennbaren Risiken im ausreichenden Maße Rechnung tragen.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagespiegel – Seite 6 des Anhangs – dargestellt. Unter den Sachanlagen wird die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Vereins ausgewiesen. Das Finanzanlagevermögen betrifft Wertpapiere, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wurden. Im Berichtsjahr erfolgte eine Zuschreibung in Höhe von EUR 9.669,96 auf im Vorjahr abgeschriebene Wertpapiere.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen wurden im Berichtsjahr Einzelwertberichtigungen abgesetzt.

Die weiteren Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände überschreiten nicht die Laufzeit von einem Jahr.

Sonstige Vermögensgegenstände, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen, sind nicht vorhanden.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Kostenerstattungen, die der Verein bereits im Geschäftsjahr für das Folgejahr geleistet hat, wurden unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungskosten erfasst.

Vereinskapital

Beim Vereinskapital handelt es sich um das vom Verein vor dem 1. Januar 2014 erwirtschaftete Vermögen. Dieses beträgt EUR 1.014.142,93.

Die Ergebnisvorträge betreffen in den Vorjahren erwirtschafteten Jahresergebnisse. Diese betragen EUR 245.084,90.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen wurden im Wesentlichen für nicht genommene Urlaubsansprüche der Mitarbeiter, für Rechts- und Beratungskosten und für Abschlusserstellungskosten gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Treuhandvermögen

Ausgewiesen werden vom Verein bis zum 31.5.2023 treuhänderisch verwaltete Bankkonten, über welche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung und Dividendenzahlungen von Genossenschaftsanteilen der Mitglieder an Oikocredit International abgewickelt werden und die im eigenen Namen aber auf Rechnung der Mitglieder erworbenen Genossenschaftsanteile an Oikocredit International. Mit Wirkung zum 1.6.2023 ging das Treuhandvermögen, das nicht in der Zeit vom 1.1. bis 31.5.2023 an Mitglieder ausgezahlt oder vorzeitig umgewandelt wurde, in direkte Beteiligungen der Mitglieder an Oikocredit International über.

Insgesamt wurde für das Jahr 2022 in 2023 eine Dividende in Höhe von EUR 834.917,16 geleistet.

Haftungsverhältnisse

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden keine wesentlichen finanziellen Verpflichtungen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus den Kostenerstattungen der anderen Förderkreise. Daneben sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 5.027,53 enthalten.

Für den Abschlussprüfer wurden im Berichtsjahr folgende Honorar aufwandswirksam erfasst:

	<u>EUR</u>
Abschlussprüfung	7.000,00

Auslagen und Umsatzsteuer sind in den vorstehenden Beträgen enthalten.

Sonstige Angaben

Die Finanzlage des Vereins wird nicht durch außerbilanzielle Geschäfte beeinflusst.

Der **Vorstand** des Vereins setzt sich im Jahr 2023 zusammen aus:

- Dietmar Blümer, Dipl. Physiker (1. Vorsitzender)
- Jean-Gottfried Mutombo, Pfarrer (2. Vorsitzender)
- Daniel Ammersilge, Treasurer Bank (Schatzmeister)
- Dorothea Groth, Dipl. Kauffrau
- Ute Sudmann, Dipl. Betriebswirtin
- Annette-Flintermann, Klimaschutzmanagerin

Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig.

Mitarbeiter

Der Verein beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 4 Mitarbeitende.

Erklärung nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 Vermögensanlagengesetz

Der Vorstand versichert, dass der Jahresabschluss nach bestem Wissen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Der Anhang enthält erläuternden Hinweise zur Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung.

Bonn, 08.03.2024

gez. Dietmar Blümer
Vorstand

gez. Jean-Gottfried Mutombo
Vorstand

gez. Daniel Ammersilge
Schatzmeister

Anlagenspiegel

	Entwicklung der Anschaffungskosten				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2023 EUR	1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Zuschreibung EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR
I. Sachanlagen											
Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.125,39	3.800,00	13.591,25	37.334,14	38.015,39	3.540,00	12.759,25	0,00	28.796,14	8.538,00	9.110,00
II. Finanzanlagen											
Wertpapiere des Anlagevermögens	557.131,56	17.589,33	46.655,23	528.065,66	29.125,40	0,00	9.071,00	9.669,96	10.384,44	517.681,22	528.006,16
	600.379,73	21.389,33	60.246,48	565.399,80	35.366,39	3.540,00	21.830,25	9.669,96	39.180,58	526.219,22	537.116,16

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Oikocredit Ecumenical Development Cooperative Society U.A. (Oikocredit International)

Zwar belasteten internationale Spannungen und Krisen, Naturkatastrophen und die Auswirkungen des Klimawandels das volkswirtschaftliche Umfeld in den ersten drei Quartalen des Jahres 2023, dennoch blieb das Entwicklungsfinanzierungsportfolio der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit, Ecumenical Development Cooperative Society U.A. mit Sitz in Amersfoort / Niederlande (im Weiteren: Oikocredit International) mit 1,04 Mrd. Euro weitestgehend stabil im Vergleich zum Vorjahr (30. September 2022: 1,05 Mrd. Euro). Die Bilanzsumme betrug im 3. Quartal 2023 insgesamt 1,14 Mrd. Euro € (Q3 2022: 1,27 Mrd. Euro). Auf der Generalversammlung im Juni wurde eine Dividendenzahlung von 0,5 Prozent für 2022 beschlossen.

Im zweiten Quartal 2023 veröffentlichte Oikocredit International die Ergebnisse einer Befragung der Kund*innen ihrer Partnerunternehmen in Südamerika, Afrika und Asien. Die große Mehrheit der 16.500 Befragten (89 Prozent) gab an, dass sich die Arbeit der Partnerorganisationen positiv auf ihr Wohlergehen auswirke.

Im größten Kapitalmarkt in Deutschland wurde mit Wirkung zum 1. Juni 2023 die Einführung des neuen Anlagemodells in Form von Beteiligungen mit Erfolg abgeschlossen. Bisherige Anteile, die deutsche Anleger*innen bis zum 31. Mai 2023 treuhänderisch über die Oikocredit Förderkreise hielten, wurden durch direkte Beteiligungen an Oikocredit International ersetzt. In Deutschland konnte Oikocredit International mit der Umsetzung des neuen Anlagemodells 88 Prozent des bisherigen, über Anteile gehaltenen Kapitals in Beteiligungen umwandeln. Das entsprach einem Betrag von mehr als 500 Millionen Euro und dem Einverständnis von mehr als 25.000 Anleger*innen (91 Prozent aller Anleger*innen in Deutschland). Der Wechsel zu einem weltweit vereinheitlichten Angebot ist für Oikocredit International ein wichtiger Schritt für die Zukunft. Freiwerdende Ressourcen der Genossenschaft ermöglichen die noch bessere Unterstützung der Partnerorganisationen im Globalen Süden.

Die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Konzerne in den Niederlanden (NKS) veröffentlichte am 15. September ihre Entscheidung, einen Antrag von drei Nichtregierungsorganisationen zu prüfen. Darin geht es um die mögliche Nichteinhaltung von OECD-Richtlinien durch Oikocredit International bei der Finanzierung von Mikrofinanzinstitutionen in Kambodscha.

Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V.

Der Oikocredit Westdeutsche Förderkreis e.V. (im Weiteren: Verein) ist Genossenschaftsmitglied bei Oikocredit International. Die Zwecke des Vereins sind die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens sowie der Volksbildung. Insbesondere zielt der Verein darauf ab, die Lebensverhältnisse von Menschen in den Ländern des Globalen Südens durch die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe nachhaltig zu verbessern, sowie das internationale Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung zu fördern. Der Vereinszweck wird insbesondere durch die Durchführung von entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsveranstaltungen und Netzwerkarbeit erfüllt.

Für Mitglieder, bei denen dies der Verein seither getan hatte, konnte er bis 1. Juni 2023 auch Genossenschaftsanteile an Oikocredit U.A. im Namen des Vereins, aber auf Rechnung des Mitglieds halten und verwalten. Dabei war der Verein im Rahmen einer fiduziarischen Treuhand tätig.

Der Vorstand des Oikocredit Westdeutscher Förderkreis e.V. besteht zum 31.12.2023 aus 6 Personen. Zur Durchführung seiner Aufgaben unterhält der Verein eine Geschäftsstelle mit 4 Mitarbeitenden, die zum Bilanzstichtag mit einem Gesamtumfang von 2,7 FTE angestellt sind. Durchschnittlich waren im Berichtsjahr Mitarbeitende mit 2,7 FTE beschäftigt.

Der Verein war 2023 an rund 30 Veranstaltungstagen aktiv, davon hauptsächlich Veranstaltungen in Präsenz, aber auch Onlineveranstaltungen. Zu den Veranstaltungen gehörten Vorträge, Filmvorführungen sowie Trainings für Ehrenamtliche, Informationsveranstaltungen für Mitglieder und die breite Öffentlichkeit. Hintergrund für das deutlich geringere Engagement waren personelle Wechsel und die damit einhergehenden personellen Engpässe im Frühsommer/Sommer.

Am 18. August 2021 ist in Deutschland das „Gesetz zur weiteren Stärkung des Anlegerschutzes“ in Kraft getreten. Die darin geregelte Verschärfung der Regulierung von verschiedenen Finanzmarktprodukten betraf auch die Arbeit des Oikocredit Westdeutschen Förderkreis e.V., so dass der Verein sein öffentliches Angebot zur treuhänderischen Beteiligung an Oikocredit International zum 1. Juni 2022 eingestellt hat. Neue Mitglieder konnten seitdem nicht mehr aufgenommen werden, für bestehende Mitglieder gab es bis zum 28. Februar 2023 die Möglichkeit, Anteile an Oikocredit aufzustocken bzw. sich auszahlen zu lassen. Die Treuhandtätigkeit wurde zum 1. Juni 2023 vollständig beendet. Damit hielt der Verein zum 31.12.2023 treuhänderisch für seine Mitglieder keine Oikocredit-Genossenschaftsanteile mehr.

Zum Hintergrund

Am 1. März 2023 hat Oikocredit International ein neues Beteiligungsmodell eingeführt und bietet damit Anleger*innen eine einheitliche und direkte Möglichkeit der finanziellen Beteiligung an der Genossenschaft. Die neuen, stimmrechtslosen Beteiligungen werden seit 1. März 2023 in Deutschland angeboten; zum 1. Juni 2023 hat Oikocredit International daraufhin entschieden, die hinter den Treuhandverträgen liegenden Anteile in die neuen Beteiligungen zu tauschen.

Der Förderkreis informierte vorab seine Mitglieder mit mehreren postalischen Schreiben über die Abwicklung der Treuhandverträge und die Übertragung der Anteile in stimmrechtslose Beteiligungen spätestens mit Wirkung zum 1. Juni 2023. Jedem Mitglied, das mit der Übertragung nicht einverstanden war, stand es frei, die durch den Förderkreis gehaltenen Anteile vor dem 1. Juni 2023 zu verkaufen. Wer bereits vor dem 1. Juni 2023 zusätzlich Geld bei Oikocredit investieren wollte, konnte vorzeitig die gehaltenen Anteile in Beteiligungen umwandeln lassen und ab dem Umwandlungsdatum weitere Beteiligungen zeichnen.

Insgesamt wurden 6.929 Anleger*innen angeschrieben, auf die zum Teil mehrere Investments entfielen. Im Ergebnis wurden 747 Investments vollständig aufgelöst, 4.383 Investments auf Antrag vorzeitig und die restlichen 2.094 zum 1. Juni 2023 automatisch umgewandelt. In Kapitel 3 (Prognosebericht) und Kapitel 4 (Chancen und Risiken) nehmen wir zu den Auswirkungen ausführlich Stellung.

Entwicklung der Mitgliederzahlen

Zum 31.12.2023 zählte der Verein 6.126 Mitglieder, knapp 13 % weniger als am Ende des Vorjahrs. Im Geschäftsjahr 2023 hat der Verein 10 neue Mitglieder gewonnen, 909 sind ausgeschieden.

Geschäftsentwicklung des Vereins

Die große Zahl an Rückfragen der Mitglieder zum Umwandlungsprozess sowie der überwältigende Wunsch vorzeitiger Umwandlungen erforderte einen außergewöhnlichen Arbeitseinsatz der Geschäftsstelle, der mit Hilfe von zusätzlichen befristeten Arbeitskräften und Mehrarbeit bewältigt werden konnte.

Die Beendigung des Treuhandangebots machte sich bei der Mitgliedzahl bemerkbar, da mit dem neuen Geschäftsmodell keine verpflichtende Mitgliedschaft im Förderkreis mehr verbunden ist. Die Anzahl der Mitglieder ist um 909 gesunken (-13 Prozent). Der Rückgang entsprach damit den Erwartungen. Mit dem Austritt der Mitglieder ging eine Verringerung des bis 31. Mai 2023 treuhänderisch verwalteten

Genossenschaftskapitals um rund 14 Prozent einher. Zum 1. Juni 2023 ist das verbleibende Kapital in Höhe von EUR 36.066.219,74 auf die Oikocredit Genossenschaft übertragen worden.

Über die Entwicklungen bei Oikocredit International wurde regelmäßig berichtet – sowohl schriftlich in Newslettern als auch in den halbjährlich publizierten Magazinen. Der Verein führte seine Mitgliederversammlung im April 2023 in Münster durch, neben der Präsenz war auch eine Online- Teilnahme möglich.

Bildungs- und Informationsveranstaltungen wurden großenteils in Präsenz durchgeführt und ergänzt durch regelmäßige, reine Online-Veranstaltungen. Die Koordination und Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Förderkreisen und der deutschen Oikocredit Niederlassung in diesem Segment wurde ausgebaut.

Nach der Beendigung der Treuhandtätigkeit zum 1. Juni 2023 hat sich der Verein verstärkt um die Entwicklung einer neuen Strategie für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gekümmert. Dazu gehörte auch die Neuorganisation der Aufgabenfelder auf nationaler und internationaler Ebene. Gemeinsam mit den anderen deutschen Förderkreisen lag im zweiten Halbjahr der Fokus auf der aktiven Kommunikation zur nunmehr freiwilligen Förderkreis-Mitgliedschaft, um damit die Basis der Vereinsarbeit langfristig zu stärken.

Neben den Vorständen engagieren sich z.Zt. etwa 60 Mitglieder ehrenamtlich für den Verein. Ohne diese überzeugten Mitglieder wäre die Tätigkeit des Vereins in der bestehenden Weise nicht möglich. Sie waren vor allem in der Vortragsarbeit und bei Standdiensten aktiv. Um die Multiplikator*innen informiert und motiviert zu halten, sie bei den durchgeführten Veränderungen mitzunehmen und für ihre Aufgaben gut zu qualifizieren, bot der Verein neben Newslettern regelmäßig Trainings und Präsenztreffen an.

2. Wirtschaftsbericht

Die Betätigung des Vereins ist vorwiegend darauf ausgerichtet, das Wirken von Oikocredit International den Menschen in Westdeutschland näher zu bringen. Er tut dies im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und setzt sich für soziale, ökologische und ökonomische Gerechtigkeit und weltweite Solidarität ein.

Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Spenden sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitende Kennzahlen auf den Oikocredit Westdeutschen Förderkreis e.V. nicht anwendbar.

Von den Aufwendungen des Vereins konnten 33,5 % aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert werden. Von Oikocredit International wurde die Arbeit des Vereins über Zuschüsse in Höhe von 318 TEUR mitfinanziert. Der Oikocredit Westdeutsche Förderkreis e.V. erzielte in 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 92. Dieses Ergebnis liegt deutlich über dem im Wirtschaftsplan 2023 angesetzten Verlust von rund TEUR 21. Insbesondere die Mitgliedsbeiträge lagen rund TEUR 12 und die Erträge aus Zuwendungen rund TEUR 37 über Plan. Bei den Aufwendungen wurden im Wesentlichen die Personalaufwendungen um rund TEUR 70 unterschritten.

Wegen der Beendigung der Treuhandtätigkeit und dem damit verbundenen Aufwand sowie dem personellen Wechsel im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit konnte die Vereinsarbeit nicht in der geplanten Intensität durchgeführt werden. Dadurch ergaben sich insbesondere im Personalbereich, deutliche Minderausgaben im Vergleich zur Planung. Zudem profitierte der Verein von unerwarteten Schenkungen und Spenden, die das Jahresergebnis positiv beeinflussten.

Finanzlage

Die Liquidität des Vereins ist stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 83 gestiegen.

Vermögenslage

Der wesentliche Teil des Vermögens entfällt auf Bankbestände und Wertpapiere des Anlagevermögens. Die Wertpapiere sind in einem Finanzportfolio der DZ Bank zusammengefasst und unterliegen dem strengen, ethisch-nachhaltigen Anlagefilter der GLS Bank. Aufgrund der neuen Zinssituation und der veränderten Risikolage des Vereins durch die Aufgabe der treuhänderischen Tätigkeit, hat der Anlagenausschuss beschlossen, die Bankreserven deutlich zu reduzieren und in Oikocredit zu reinvestieren.

Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung

Der Rückgang des Mitgliederbestands um 13 Prozent hat sich 2023 noch kaum ausgewirkt. Aufgrund des positiven Jahresabschlusses und des hohen Vermögens schätzt der Verein seine wirtschaftliche Lage weiter als stabil ein. Im Weiteren verweisen wir zur Beurteilung der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Jahr auf Abschnitt 1 des Lageberichts und im Blick auf die anstehenden Veränderungen auf die Abschnitte 3 und 4.

3. Prognosebericht

Mit seiner Bildungs- und Netzwerkarbeit fördert der Verein weiterhin das Bewusstsein für globale wirtschaftliche Zusammenhänge und regt Menschen an, ihr Geldvermögen nachhaltig, mit positiver sozialer Wirkung zu investieren. Im Zentrum der Arbeit stehen dabei die Kernthemen von Oikocredit International: inklusives und wirkungsorientiertes Finanzwesen, die Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und erneuerbarer Energien, Frauen-Empowerment sowie die Stärkung der Entwicklung lokaler Gemeinschaften durch Investitionen im Bereich Wohnen, Bildung, Gesundheit, Trinkwasser und Sanitäranlagen.

Durch sein bildungsorientiertes Angebot kann der Verein die Mission seiner Gründer auch weiterhin stärken, für die Verwirklichung der Ziele von Oikocredit International eintreten und Menschen motivieren, mit sozialer und ökologischer Wirkung zu investieren.

Um eine gute Kooperation der Förderkreise in Deutschland und mit Oikocredit Deutschland zu ermöglichen, können neue, flexible Strukturen der Zusammenarbeit genutzt werden. Zudem übt der Verein als Mitglied der Genossenschaft weiterhin sein Stimmrecht bei der Generalversammlung von Oikocredit International aus und fungiert als Bindeglied zwischen Oikocredit International und den Mitgliedern in der Region. Die Arbeit des Vereins wird weiterhin von Oikocredit International durch Zuschüsse unterstützt.

Aufgrund der gesunkenen Mitgliederzahlen erwartet der Verein in 2024 niedrigere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, zudem hat Oikocredit International angekündigt, die Zuschüsse für die Förderkreisarbeit zu reduzieren; entlastend wirkt sich jedoch der Übergang der Beteiligungsverwaltung und Werbung einschließlich der dazugehörigen Mitarbeiter*innen aus. Aufgrund der hohen Rücklagen ist die Finanzierung der Vereinsarbeit und der Geschäftsstelle für die nächsten drei Jahre bei der aktuellen Kostenstruktur gesichert. Um die Attraktivität für Mitglieder und Drittmittelgeber zu steigern, plant der Verein in 2024 eine Satzungsänderung und die Beantragung der Gemeinnützigkeit sowie verstärkte Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Insgesamt erwartet der Verein einen Jahresfehlbetrag von TEUR 51.

4. Chancen und Risiken

Chancen

- Mit Bildungs- und Informationsveranstaltungen zu wirkungsorientierten Geldanlagen und dem neuen gemeinschaftsorientierten Ansatz von Oikocredit kann der Verein das besondere Profil der Genossenschaft als soziale Impact Investorin positiv herausstellen, die damit einen Beitrag leistet die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen.

- Das gestärkte Bildungsprofil des Vereins, verbunden mit besonderen Angeboten für dessen Mitglieder, kann die Attraktivität des Vereins erhöhen.
- Die vereinbarte enge Kooperation der einzelnen Oikocredit-Förderkreise in Deutschland mit Oikocredit Deutschland kann zu einer breiteren Wirksamkeit führen.

Risiken

- Die wirtschaftliche Entwicklung des Vereins hängt auch weiterhin von der wirtschaftlichen Entwicklung von Oikocredit International ab, insbesondere von der Frage, welche Auswirkungen die Einführung des neuen Anlagemodells und die Folgen der weltweiten Instabilitäten auf die wirtschaftliche Situation der Partnerorganisationen hat und in der näheren Zukunft haben wird.
- Die Mitgliederentwicklung des Vereins ist unsicherer geworden. Austritte erfolgen meist bei Rückzahlung des Kapitals von Altmitgliedern, für Neuanleger*innen besteht keine verpflichtende Förderkreis-Mitgliedschaft mehr. Daher besteht das Risiko, dass die Mitgliederzahl tendenziell sinkt und sich dadurch die Einnahmen aus Beiträgen reduzieren.
- Insgesamt sehen wir keine bestandsgefährdenden Risiken für den Prognosezeitraum von 12 Monaten.

5. Besondere Angaben gemäß § 24 Absatz 1 Vermögensanlagegesetz

Der Oikocredit Westdeutsche Förderkreis e.V. beschäftigt weder angestellte noch selbständige Mitarbeitende, die aufgrund ihrer Tätigkeit durch die Emission der Treuhandanteile begünstigt wurden. Somit wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weder feste noch variable Vergütungen für die Emission von Treuhandanteilen gezahlt. Ebenso wenig hat der Verein in seiner Eigenschaft als Emittent von Vermögensanlagen besondere Gewinnbeteiligungen gewährt. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 Gehälter in Höhe von TEUR 216 bezahlt. Die Vorstandsmitglieder als Organe des Vereins übten ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und haben im abgelaufenen Geschäftsjahr über Kostenerstattungen hinaus keinerlei Vergütungen erhalten.

6. Entsprechenserklärung

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf und die Lage so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Vereins beschrieben sind.

Bonn, 08.03.2024

gez. Dietmar Blümer
Vorstand (1. Vorsitzender)

gez. Dr. Jean-Gottfried Mutombo
Vorstand (stv. Vorsitzender)

gez. Daniel Ammersilge
Vorstand (Schatzmeister)

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.